

Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege der Stadt Wuppertal (Elternbeitragsatzung - ES)

§ 1
Gegenstand der Satzung

- (1) Zur Beteiligung an den Betriebskosten der Tageseinrichtungen für Kinder in Wuppertal werden Elternbeiträge nach Maßgabe des § 90 SGB VIII und des § 23 KiBiz erhoben. Der Elternbeitrag wird unabhängig davon, ob Träger der Tageseinrichtung für Kinder die Stadt Wuppertal ist oder ein nach § 75 SGB VIII anerkannter Träger der freien Jugendhilfe, erhoben.
- (2) Für die Inanspruchnahme des Angebotes der Förderung von Kindern in Tagespflege (Kindertagespflege) werden Elternbeiträge nach Maßgabe des § 90 SGB VIII und des § 23 KiBiz erhoben.

§ 2
Maßstab für die Erhebung des Elternbeitrags

- (1) Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege nach den §§ 22 bis 24 SGB VIII wird gem. § 23 Abs. 1 KiBiz ein monatlicher Elternbeitrag erhoben.
- (2) Der Elternbeitrag wird durch Elternbeitragsbescheid festgesetzt.
- (3) Der Elternbeitrag für Kinder in Kindertageseinrichtungen richtet sich nach dem Alter des Kindes, das den Platz in der Einrichtung oder der Gruppe belegt und dem vertraglich vereinbarten zeitlichen Betreuungsumfang. Es gibt folgende Kategorien:
 1. Kinder vor Vollendung des zweiten Lebensjahres, jeweils bis zu 25, 35 oder 45 Std./wchtl. Betreuungsumfang
 2. Kinder vom vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Beginn der Schulpflicht, jeweils bis zu 25, 35 oder 45 Std./wchtl. Betreuungsumfang
 3. schulpflichtige Kinder mit bis zu 45 Std./wchtl.
- (4) Der Elternbeitrag für Kinder in Kindertagespflege richtet sich nach dem zeitlichen Betreuungsumfang, für den die Tagespflegeperson einen Anspruch auf Leistungen hat.
- (5) Für das Mittagessen in Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege kann der Träger/die Tagespflegeperson zusätzlich ein Entgelt verlangen.

§ 3
Höhe der Elternbeiträge

- (1) Der Elternbeitrag für Kinder in Kindertageseinrichtungen wird in monatlichen Raten als Jahresbeitrag erhoben. Veranlagungszeitraum ist der 01.08. bis 31.07 des Folgejahres (Kindergartenjahr). Die Höhe der Raten ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Satzung.
- (2) Der Elternbeitrag für Kinder in Kindertagespflege wird monatlich erhoben. Der monatliche Beitrag ergibt sich aus der Anlage 2 zu dieser Satzung.

§ 4
Staffelung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

- (1) Der Elternbeitrag ist nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Beitragspflichtigen in Elternbeitragsstufen gestaffelt (siehe Anlagen 1 und 2).
- (2) Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Beitragspflichtigen richtet sich nach deren Jahreseinkommen. Einkommen in diesem Sinne ist die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen nach der Definition des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes, und zwar unabhängig davon, ob das Einkommen im In- oder Ausland erzielt wird. Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig. Dem Einkommen im Sinne des Satzes 1 sind steuerfreie Einkünfte, Unterhaltsleistungen sowie die zur Deckung des Lebensunterhalts bestimmten öffentlichen Leistungen für die Beitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird, hinzuzurechnen. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz und entsprechenden Vorschriften und der Mindestbetrag des Elterngeldes gem. § 3 Abs. 5 Satz 1 und Abs. 6 Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) sind nicht hinzuzurechnen. Bezieht ein Beitragspflichtiger Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihm auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem nach diesem Absatz ermittelten Einkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.
- (3) Maßgebend für die Bemessung des Elternbeitrags ist jeweils das in dem Kalenderjahr, für das der Elternbeitrag festgesetzt werden soll, erzielte Einkommen der Beitragspflichtigen (Jährlichkeitsprinzip).

§ 5
Ermäßigungen

- (1) Wird mehr als ein Kind derselben nach § 10 elternbeitragspflichtigen Personen im gleichen Zeitraum in einer Tageseinrichtung für Kinder in Wuppertal und/oder in Kindertagespflege und/oder in einer offenen Ganztagschule der Stadt Wuppertal betreut, so ist nur für ein Kind ein Elternbeitrag zu zahlen. Der Elternbeitrag ist für das Kind zu zahlen, für das der höhere Beitrag nach dieser Satzung oder der Elternbeitragsatzung OGS anfällt. Abweichend von Satz 2 entfällt für den Zeitraum, für den ein Kind nach § 23 Abs. 3 KiBiz beitragsfrei gestellt ist, die Verpflichtung zur Zahlung des höheren Beitrags.
- (2) Erhalten im Falle der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII die Pflegeeltern Kindergeld oder wird ihnen ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommenssteuergesetz gewährt, haben sie höchstens einen Elternbeitrag nach der zweiten Elternbeitragsstufe der Anlagen 1 und 2 zu zahlen.
- (3) Die Elternbeiträge sollen ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (§90 Abs. 3 SGB VIII). Das Verfahren richtet sich nach den „Richtlinien über den Erlass von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege der Stadt Wuppertal“.
- (4) Empfänger von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Hilfen zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind für die Dauer des

Leistungsbezuges immer in der ersten Einkommensstufe der Anlage 1 und 2 (Elternbeitrag 0,00 €) einzustufen.

§ 6

Beginn und Ende der Elternbeitragspflicht für Kinder in Kindertageseinrichtungen

- (1) Die Elternbeitragspflicht beginnt mit Beginn des Monats, in dem ein Betreuungsplatz durch Vertrag gebunden wird.
- (2) Elternbeiträge werden für jeden Monat erhoben, in dem ein rechtsverbindlicher Betreuungsvertrag besteht.

§ 7

Zeitraum der Elternbeitragspflicht für Kinder in Kindertagespflege

Der Elternbeitrag wird für jeden Monat des Zeitraumes erhoben, für den die Tagespflegeperson einen Anspruch auf Leistungen hat.

§ 8

Mitwirkungspflichten

- (1) Die Elternbeitragspflichtigen sind verpflichtet, binnen zwei Wochen nach Zugang der Aufforderung zur Abgabe der schriftlichen Erklärung über ihr Einkommen nach § 4 Abs. 2 und 3 diese nebst den erforderlichen Nachweisen bei der Stadt Wuppertal einzureichen.
- (2) Die Elternbeitragspflichtigen sind verpflichtet, jährlich bis zum 30. April schriftliche Erklärungen zum Einkommen nach § 4 Abs. 2 und 3 nebst den erforderlichen Nachweisen für das jeweils vorangegangene Kalenderjahr bei der Stadt Wuppertal einzureichen. Bei Betreuung in Kindertagespflege haben die Eltern abweichend von Satz 1 die schriftliche Erklärung zum Einkommen nebst den erforderlichen Nachweisen zusammen mit dem Antrag einzureichen.
- (3) Änderungen der Einkommensverhältnisse, die zur Zugrundelegung einer höheren Einkommensgruppe führen können, sind unverzüglich anzuzeigen und nachzuweisen.

§ 9

Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen werden für jedes Kindergartenjahr (Veranlagungszeitraum) und, wenn die Elternbeitragspflicht erst während des Kindergartenjahres beginnt, für den Rest des Kindergartenjahres, festgesetzt.
- (2) Der Elternbeitrag für Kinder in Kindertagespflege ist monatlich für die Dauer des Zeitraums, für den die Tagespflegeperson einen Anspruch auf Leistungen hat, zu entrichten.
- (3) Der Elternbeitrag wird jeweils zum Ersten eines Monats fällig. Der Elternbeitrag wird stets in voller Höhe unabhängig von An- oder Abwesenheitszeiten des Kindes, Schließungszeiten der Kindertageseinrichtung, Ferien, Ausfallzeiten der Tagespflegeperson etc. erhoben.

- (4) Die Stadt kann insbesondere, wenn die Bemessungsgrundlagen nicht festzustellen sind, den Elternbeitrag vorläufig festsetzen. Die endgültige Festsetzung erfolgt, sobald das Festsetzungshindernis beseitigt ist.
- (5) Bis zur Bekanntgabe eines neuen Festsetzungsbescheids ist der Elternbeitrag für Kinder in Kindertageseinrichtungen über das Kindergartenjahr hinaus zu den gleichen Fälligkeitsterminen unverändert zu entrichten.
- (6) Wird die Erklärung über das Einkommen nach § 4 Abs. 2 und 3 nicht fristgerecht oder unvollständig oder mit fehlenden oder unzureichenden Nachweisen eingereicht oder die Höhe des Einkommens nicht nachgewiesen, wird der Elternbeitrag nach der höchsten Elternbeitragsstufe festgesetzt.
- (7) Tritt eine Änderung im Kreis der Elternbeitragspflichtigen nach § 10 ein, so sind mit Beginn des auf die Änderung folgenden Monats die neuen Beitragspflichtigen nach Maßgabe des § 4 zu veranlagern.

§ 10

Elternbeitragspflichtige

- (1) Elternbeitragspflichtig sind die Eltern.
- (2) Lebt das Kind nachweislich (amtliche Meldebestätigung) nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern.
- (3) Befindet sich das Kind in Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII und wird den Pflegeeltern ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommensteuergesetz gewährt oder Kindergeld gezahlt, treten diese an die Stelle der Eltern.
- (4) Mehrere Elternbeitragspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 20 Abs. 2 lit. b Kommunalabgabengesetz NRW handelt, wer nach dieser Satzung beitragspflichtig ist, aber entgegen § 8 unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht hat. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 Euro geahndet werden.

§ 12

Inkrafttreten

Die Satzung tritt zum 01.08.2011 in Kraft.

Richtlinien über den Erlass von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege der Stadt Wuppertal

1. Gemäß § 23 Abs.4 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sollen die Elternbeiträge vom örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 3 Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe).
2. Für die Feststellung der zumutbaren Belastung gelten die §§ 82 bis 85, 87 und 88 des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuchs (SGB XII)entsprechend:
 - a) Sofern das Einkommen die allgemeine Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII nicht übersteigt, werden die Kostenbeiträge in vollem Umfang erlassen.
 - b) Bei Überschreitung der Einkommensgrenze ist nach Abzug evtl. zu berücksichtigender besonderer Belastungen die Zahlung folgender Kostenbeiträge zumutbar:

<u>übersteigendes Einkommen</u>		<u>zumutbarer Kostenbeitrag</u>
1) bis 102 € mtl.	=	50 v.H. des übersteigenden Einkommens
2) über 102 € bis 204,50 € mtl.	=	zusätzlich 75 v.H. des Ziff. 1) übersteigenden Einkommens
3) über 204,50 € mtl.	=	zusätzlich 100 v.H. des Ziff. 2) übersteigenden Einkommens

Der insgesamt zumutbare Kostenbeitrag wird auf durch 2,50 € voll teilbare Summen aufgerundet. Die Beitragspflichtigen haben die festgesetzten Beiträge bis zur Höhe des zumutbaren Kostenbeitrags zu zahlen. Ist der festgesetzte Beitrag höher, wird der Mehrbetrag erlassen.

3. Der Erlass ist schriftlich nach Vordruck zu beantragen. Dem Antrag sind die für die Berechnung erforderlichen Unterlagen, insbesondere Einkommensnachweise und Bescheinigungen über die Höhe der monatlichen Unterkunftskosten sowie des evtl. bewilligten Wohngeldes, beizufügen.
4. Die Elternbeiträge werden von Beginn der Beitragspflicht an erlassen, wenn der vollständige Antrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Festsetzungsbescheides gestellt wird. In anderen Fällen werden die Elternbeiträge von Beginn des Monats an erlassen, in dem der vollständige Antrag gestellt wurde. Die zeitliche Befristung des Erlasses richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls.
5. Diese Richtlinien sind für Erlasszeiträume ab 01.08.2009 anzuwenden.